

## Editorial

Auch dieses Jahr war das Sommerloch wieder einmal gefüllt mit allerlei Pleiten und Pannen der Armee: Zuerst stellt André Blattmann, der Chef der Armee, einen alten Militätkameraden als Berater ein – zu einem absurd hohen Honorar und unter Missachtung aller Reglemente. Wenig später wird bekannt, dass ein Berufsoffizier zum Oberst befördert wird, der 1994 wegen eines Anschlages auf das Haus seiner Ex-Freundin verurteilt worden war. Und schliesslich ist von einer Beinahe-Katastrophe auf dem Waffenplatz Frauenfeld zu lesen: Panzerhaubitzen beschossen aus Versehen einen Soldaten, der das Gelände hätte sichern sollen.

Auch auf der politischen Bühne glänzt das Verteidigungsdepartement derzeit nicht. Der Bundesrat hat bekanntlich den Sicherheitspolitischen Bericht mehrmals zerzaust und an Ueli Maurer zur Überarbeitung zurückgewiesen. Der nun zusätzlich geplante «Armeebericht» des VBS-Vorstehers gab in den Medien vor allem aufgrund des amateurhaften Vorgehens zu reden: Zuerst bekamen nur einige ausgewählte bürgerliche Parlamentarier das Papier zu Gesicht, danach die Medien und schlussendlich durften einige interessierte Gruppen – darunter auch die GSoA – in einer fünfminütigen Anhörung ihre Meinung äussern. Allerdings war zu diesem Zeitpunkt offiziell erst eine oberflächliche PowerPoint-Präsentation erhältlich, da der Bericht vom Gesamtbundesrat noch nicht abgesegnet worden war.

Die Stossrichtung des Berichts ist durchaus bemerkenswert: Ueli Maurer versucht damit endgültig seine traditionalistischen Vorstellungen festzuschreiben. Er schlägt zwar im Bericht verschiedene Varianten für die zukünftige Entwicklung der Armee vor: Sie soll sich entweder auf die klassischen Verteidigungsaufgaben oder auf die Unterstützung der Polizei beschränken (in früheren Strategiepapieren hiess das jeweils «Raumsicherung»). Aber die angesichts der heutigen Bedrohungslage naheliegendste Variante – eine radikale Verkleinerung der Armee und Konzentration auf Katastrophenhilfe – erwähnt der Bericht nicht einmal. Die Aufhebung der Wehrpflicht ist die einzige richtige Antwort auf Ueli Maurers Träumereien für den Fortbestand seines überdimensionierten Massenheers. Darum gibt es nur eines: Gleich den beiliegenden Initiativbogen unterzeichnen und einsenden!

Für das Redaktionsteam: Andreas Weibel

MILITARY TATTOO BASEL UND JUGENDFEST IN LENZBURG

## Von Stimmungshebung und Kindersoldaten

**Dass in der Schweiz der Militarismus immer noch fest verankert ist, zeigte sich in den letzten Wochen am Military Tattoo Basel und am Jugendfest in Lenzburg.**  
Von Lucien Haug

Das Basel Tattoo ist das zweitgrösste Militärmusikfestival der Welt. Eine Woche der uniformen Gleichschaltung und des militärischen Drills – doch der perfekt inszenierte Militarismus begeisterte viele. Dass der Event in einer von der Schweizer Armee als Privatauftrag illegal aufgebauten Arena stattfand und von der Stadt Basel finanziell grosszügig unterstützt wurde, schien niemanden zu stören.

**Ein harmloses Blechmusikfest? – Mitnichten!**

Militärmusik verherrlicht Drill, Zucht und Ordnung. Historisch betrachtet sollte die Militärmusik als Stimmungshebung für die Soldaten dienen, diese für einen Krieg anfeuern und motivieren und schliesslich auch deren Bereitschaft fördern, ihr Leben zu opfern. Dass Militarismus, Nationalismus und Patriotismus oft Hand in Hand gehen, wurde an der Military Tattoo in Basel einmal mehr demon-

striert. Die koloniale Vergangenheit vieler auf-tretender Länder wurde dabei erschreckend oft verniedlicht oder ausgeblendet. Die weisse Australian Federal Police machte sich Diddgeridoos und Schwirrhölzer, die Instrumente der Ureinwohner, zu eigen, die britischen Royal Marines trugen Leopardenfelle und die Africa Highland Dancers aus Südafrika, weisse Frauen, tanzten schottische Tänze.

Eingebettet in eine aufwändige Lichtshow, viel Feuerwerk und dem Singen der Schweizer Nationalhymne wurde die Show zu einer Augenwischerei des Militarismus und Nationalismus. Und trotzdem: 85'000 begeisterte Menschen in der permanent ausverkauften Arena und geschätzte 140'000 an der abschliessenden Parade durch die Innerstadt – Kriegssymbole sind scheinbar auch im rot-grünen Basel stark verankert.

**Jugendfest in Lenzburg**

Der alle zwei Jahre stattfindende Jugendfesttag in Lenzburg steht dem Tattoo Basel punkto Verharmlosung von Gewalt in nichts nach. Besonders erschreckend dabei sind die sogenannten «Freischarenmanöver», bei denen Schülerinnen und Schüler alte Gewehre und

ERSTE ERFAHRUNGEN BEIM UNTERSCHRIFTENSAMMELN

## «Grüezi, händ Si scho unterschriben für d'Ufhebung vo de Wehrpflicht?»

«Die Wehrpflicht aufheben? So ein Schmarren. Der Militärdienst hat noch jedem gut getan.» Unterschriften für die Aufhebung der Wehrpflicht zu sammeln, kommt nicht bei allen gut an. Trotzdem verspricht es viele erfreuliche und interessante Momente.  
Von Cyrill Delfgou

Begegnungen mit Passanten und Passantinnen beim Unterschriftensammeln sind oft äusserst unterhaltsam: So unterschreibt ein ehemaliger Soldat, der bei den Brieftauben gedient hat und eine junge Frau drängt all ihre Freunde zum Unterschreiben, weil ihr Freund nächstens einrücken muss. Erstaunlich oft fragen uns Frauen, ob sie denn auch unterschreiben dürfen. Dann müssen wir jeweils erklären, dass das Frauenstimmrecht in der Schweiz zwar sehr spät eingeführt wurde, nun allerdings auch schon bald sein vierzigjähriges Bestehen feiert...



Die Wehrpflicht – untauglich!

**Für eine friedlichere Welt einstehen**

Man wird beim Unterschriftensammeln aber auch damit konfrontiert, wie viele Leute sich keinen Deut für Politik interessieren. Nach Antworten wie «Mich betrifft das sowieso nicht» oder «Ich musste auch ins Militär, da sollen die anderen auch gehen müssen» bleibt bei uns oft nur ein müdes Kopfschütteln übrig.

Natürlich lassen wir uns durch diese Reaktionen nicht entmutigen: Wer sich für eine friedlichere Welt einsetzt, muss auch mit Widerstand rechnen und bereit sein, für seine Sache einzustehen. Und es ist ja auch nicht so, als ob Unterschriften sammeln eine harte und von Misserfolgen gesäumte Arbeit wäre. Meistens ist es «voll der Plausch» und für viele, die unterschreiben, besitzen wir manchmal schon fast Heldenstatus.

**Unterschriftensammeln als soziologische Feldstudie**

Es ist immer wieder spannend, zu beobachten, wie angesprochene Personen reagieren. Natürlich hat man eine bestimmte Erwartung. Automatisch werden die Passanten und Passantinnen schubladisiert; Kleider, Alter, Gesichtsausdruck werden bei der Auswahl der Passanten und Passantinnen – bewusst oder unbewusst – mit einbezogen. Und natürlich trifft man dabei meist ins Schwarze. Immer wieder mal wird man aber auch eines Besseren belehrt: Ein älterer Herr von gutbürgerlicher Erscheinung, der erfreut ausruft: «Ändlich gesehn ich Si mal, ich warte scho lang druf, die Initiative z'underschriibe!» Oder eine junge Frau mit Rastas und Hippiekleidchen, die sich nicht sicher ist, ob der obligatorische Militärdienst nicht vielleicht doch eine wichtige Stütze der Gesellschaft sei...

So ist das Sammeln nicht nur der erste Schritt für die Aufhebung der Wehrpflicht, sondern wird gleichzeitig auch zu einem unterhaltsamen Gemeinschaftserlebnis bei dem man viel lernen kann.

**Gesucht: Sammlerinnen und Sammler gegen die Wehrpflicht**

(nr) Gross war die Vorfreude auf die Sammelphase. Nun ist der Anpfiff endlich erklingen. Und: Die Erwartungen werden nicht enttäuscht. Nur mit Mühe können wir die Sammelstände jeweils in Ruhe aufbauen, zu viele wollen die Wehrpflicht-Initiative sofort unterschreiben. Bis zum Erscheinen dieser Zeitung werden gegen 30'000 Unterschriften gesammelt sein. Um in diesem Tempo fortfahren zu können, sind wir auf die tatkräftige Unterstützung von zusätzlichen Sammlerinnen und Sammlern angewiesen.

Es gibt elf GSoA-Regionalgruppen, welche die Sammelaktivitäten organisieren und koordinieren (eine detaillierte Auflistung mit den Kontaktangaben ist auf der Rückseite dieser GSoA-Zitig zu finden). Melde Dich bei einer der Regionalgruppen, wenn auch Du vom Wehrpflichtaufhebungsfieber gepackt werden willst. Wir freuen uns auf Deine Hilfe!

Patronenausgabe am Kinderfest in Lenzburg



## ALLGEMEINE DIENSTPFLICHT

## Zwischen Romantik und real existierendem Kapitalismus

Die GSoA-Initiative «Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht!» löst eine Vielzahl von Diskussionen aus. Nicht nur Sinn und Ausgestaltung der Armee sind Gegenstand dieser Debatten, sondern auch generelle Fragen rund um Bürger(innen)plichten oder einen Dienst an der Gemeinschaft. Sowohl bei BefürworterInnen als auch GegnerInnen unserer Initiative scheint die Idee der allgemeinen Dienstpflicht Zustimmung zu finden. Von Rahel Ruch

### Sympathische Idee?

Unter der allgemeinen Dienstpflicht verstehen ihre Promotoren entweder die Verpflichtung aller Bürger(innen), Militär- oder Zivildienst zu leisten, oder auch ausschliesslich die Verpflichtung zum Dienst an der Gemeinschaft im Rahmen von sozialer Arbeit. Die Modelle sind vielfältig und unterscheiden sich beispielsweise in der Frage nach der Auswahl der Dienstpflichtigen: Von einer Dienstpflicht für die ge-

samte Bevölkerung, also Frauen, Männer und AusländerInnen, so das Modell von FDP-Unternehmer Peter Weigelt, bis zur Dienstpflicht nur für Männer scheint alles denkbar. Die Beweggründe für die allgemeine Dienstpflicht wirken sympathisch: In Zeiten der zunehmenden Individualisierung müsse die Verantwortung jedes Einzelnen für das Gemeinwohl gefördert werden, Solidarität und Zusammenhalt sind vielgehörte Stichworte. Klingt schön. Doch geht es hier wirklich um eine gesellschaftspolitische Perspektive? Ist Zwang zur Solidarität noch Solidarität?

Es mag eine Tatsache sein, dass es in unserer Gesellschaft an Solidarität und Verantwortung für die Gemeinschaft mangelt. Doch diese Probleme haben nichts mit der Wehrpflicht zu tun: Die zunehmende Prekarisierung der Arbeitsbedingungen, das gezielte Schüren von Fremdenfeindlichkeit, die wiederholten Angriffe auf unsere Sozialwerke und die neoliberale Ausgestaltung der Wirtschaft sind Gründe für das

Auseinanderdriften der Gesellschaft. Gerade diejenigen, die für die allgemeine Wehrpflicht eintreten, vertreten eine solche solidaritätsfeindlichen Politik – so zum Beispiel PolitikerInnen aus CVP oder FDP, welche Asylgesetzverschärfungen oder den kürzlichen Angriff auf die Arbeitslosenversicherung mittragen.

### Unmotivierte Zwangsdienstleistende

Die allgemeine Dienstpflicht würde dazu führen, dass zehntausende von jungen Menschen jedes Jahr in einem Arbeitsbereich ihren Dienst verrichten müssten, für den sie nicht qualifiziert sind. Tausende von teils unmotivierten Zwangsdienstleistenden würden so in Alters- und Pflegeheime, Sonderschulheime oder Spitäler integriert werden müssen. Einerseits führt dies zur Verdrängung von ausgebildetem Personal durch billigere Zwangsdienstleistende. Lohndumping, Arbeitslosigkeit und mangelnde Qualität wären die Folgen. Dies kann als volkswirtschaftlicher Blödsinn bezeichnet werden.

Aber andererseits wäre es auch ein gesellschaftspolitischer Rückschritt: Nach jahrelangen Kämpfen für die Anerkennung von sozialer oder pflegerischer Arbeit, würde mit dem Einsatz von Zwangsdienstleistern im Sozialbe-

reich wieder davon ausgegangen, dass «ein bisschen mit Behinderten spielen» oder «mit den alten Grosis reden» ja jeder könne. Das bringt kaum mehr Solidarität – im Gegenteil.

### Verstoss gegen die Menschenrechtskonvention

Hinzu kommt die rechtliche Situation: Artikel 4 der Europäischen Menschenrechtskonvention EMRK sowie Artikel 8 des Uno-Pakts II zu den bürgerlichen und politischen Rechten verbieten Sklaverei und Zwangsarbeit. Ausgenommen sind einzig der Militärdienst sowie Zwangsdienst bei Notstand und Katastrophen. Eine allgemeine Dienstpflicht im Sozialbereich ist nicht vereinbar mit den Menschenrechten. Zusammenfassend muss, wer sich etwas vertiefter mit den Auswirkungen einer allgemeinen Dienstpflicht auseinandersetzt, zum Schluss kommen, dass die sympathische Idee sehr unsympathische Folgen hat – und dass sich Zwang und Solidarität nicht vereinen lassen. Denn Solidarität kann nicht erzwungen werden. Deshalb: Schaffen wir die Wehrpflicht ab und setzen wir die frei werdenden Ressourcen für eine wahre Politik der Solidarität ein: Zivile Friedensförderung, Entwicklungszusammenarbeit und ein starkes Sozialwesen.

## MILITÄRDIENSTPFLICHT

## In Europa praktisch abgeschafft

Ein Blick auf die Europakarte zeigt, dass die Wehrpflicht in den meisten europäischen Ländern bereits abgeschafft ist. Und in weiteren Staaten wird sie wohl bald aufgehoben sein. Eine Übersicht. Von Beat Hatz.

Die Liste ist lang: Grossbritannien, Irland, Frankreich, Spanien, Portugal, Italien, die Niederlande, Belgien, Dänemark, Bulgarien, Ungarn, Tschechien, Slowenien, die Slowakei, Rumänien, Polen, Lettland, Litauen und seit diesem Juli auch Schweden; all diese Länder kennen keine Wehrpflicht mehr. Und in weiteren Staaten wird heftig debattiert, ob die Wehrpflicht in Zukunft noch gelten soll. Beispielsweise in Deutschland: «Faktisch wird die Wehrpflicht in zehn Jahren wohl abgeschafft sein», meint Karl-Theodor zu Guttenberg, CDU-Verteidigungsminister. Er sieht aufgrund der rigorosen Sparziele seiner Regierung keine Möglichkeit mehr, an der Wehrpflicht festzuhalten. In den eigenen Reihen erntet er dafür Kritik. Sein Parteikollege, der saarländische Ministerpräsident Müller, entgegnete, dass die Wehrpflicht «ein Stück Identität» der CDU sei. Doch der Koalitionspartner der Regierung von Angela Merkel, die FDP, votiert für ein Aussetzen der Wehrpflicht. Es ist daher gut möglich, dass in Deutschland die Wehrpflicht nicht mehr lange Bestand haben wird. Auch in Österreich läuft die Debatte um die Wehrpflicht. Die Grünen und die rechtspopulistische BZÖ votieren gegen das Modell des Massenheeres. Im Vergleich zu Deutschland wird aber weniger über die Kosteneinsparung gesprochen. Viele fürchten den Verlust eines gemeinschaftlichen Dienstes. Deshalb konnten sich die österreichischen Sozialdemokraten noch nicht zu einem Nein zur Wehrpflicht durchringen.

### Schrumpfende Armeen

Das in ganz Europa allgemein verbreitete Phänomen der schrumpfenden Armeen ging auch an Schweden nicht spurlos vorbei. Der Oberbefehlshaber der schwedischen Streitkräfte Sverker Göranson reagierte auf Kritik an seiner Armee und meinte, dass man mit spannenden Aufgaben locken und Ausbildung

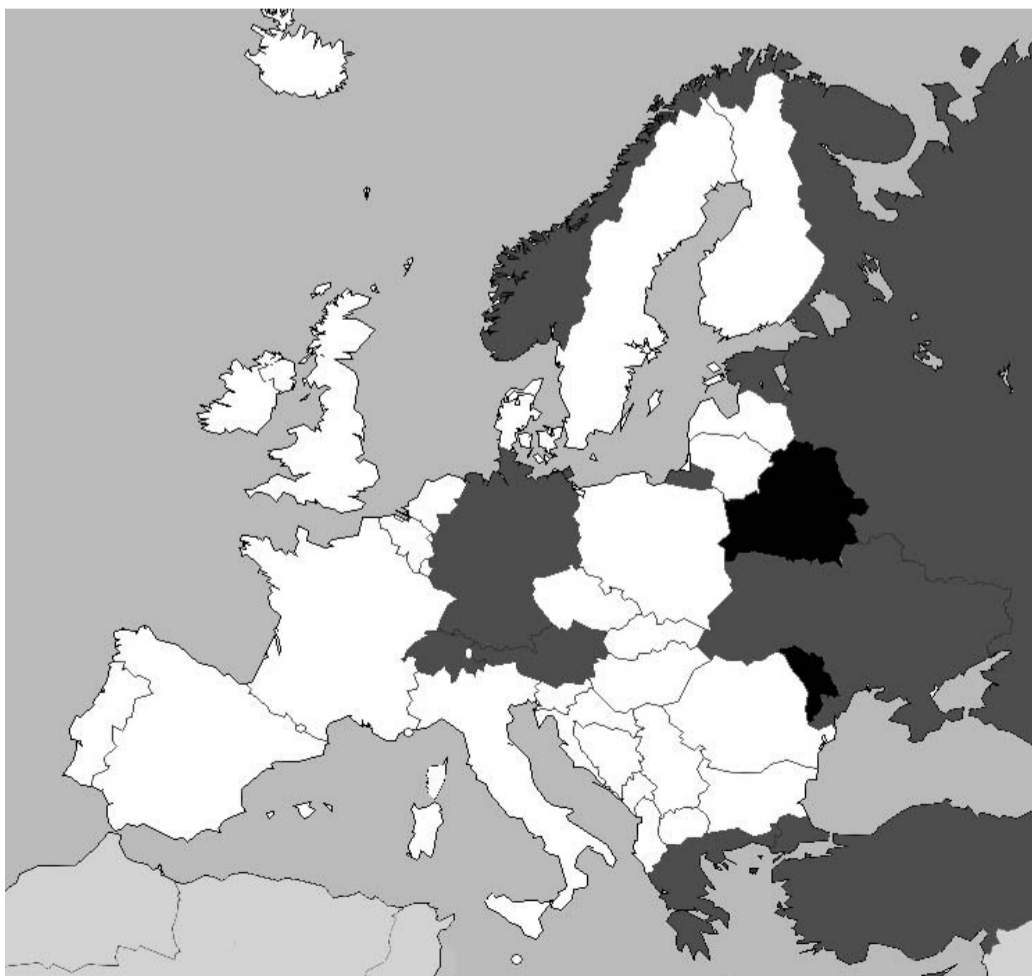
gen anbieten müsse, die auch im zivilen Leben hilfreich sein können – mit einem Massenheer ist das natürlich nicht möglich. Und so kam es wie es kommen musste: Das schwedische Parlament stimmte am 1. Juni 2010 für die Abschaffung der Wehrpflicht.

Somit ist klar: Die momentan Sparpläne und der allgemeine Trend zu kleineren Armeen

(Panzerschlachten gegen den roten Feind aus dem Osten sind selbst für die Armeeplaner langsam passé) führen weg von der allgemeinen Wehrpflicht.

### Eisiger Wind

Den Letzten Vertretern der Wehrpflicht weht in ganz Europa ein eisiger Wind ins Gesicht. Es liegt nun an der Schweizer Bevölkerung alle direkt-demokratischen Register zu ziehen und einen Beitrag zur europäischen Debatte zur Abschaffung der Wehrpflicht zu leisten. Die Zeichen der Zeit stehen äusserst gut, denn die Wehrpflicht ist zum allgemeinen Auslaufmodell verkommen. Es ist die Ironie des Schicksals, dass es in einigen Ländern die Finanzkrise braucht, damit die ehemals liberalen Kräfte sich mit den Linken zusammenschließen, um ein urliberales Anliegen, nämlich die persönliche Freiheit und damit die Abschaffung der Wehrpflicht umzusetzen.



- Staaten mit aufgehobener Wehrpflicht oder ohne Armee
- Staaten, in denen die Aufhebung der Wehrpflicht ernsthaft diskutiert wird
- Staaten, in denen eine Aufhebung der Wehrpflicht nicht diskutiert wird

## SOLDATENINTERVIEW

## «Ein riesiger Hühnerhaufen»

Simon und Marco, zwei (beinahe) ehemalige Soldaten über den Alltag im Militär und die Initiative zur Aufhebung der Wehrpflicht.

Von Adi Feller und Lucien Haug

**GSoA: In welcher Truppengattung habt ihr Militärdienst geleistet und wie lange habt ihr das getan?**

**Simon\*:** Ich war Sanitätssoldat in der RS und leiste meine WKs in der Krankenabteilung. Meine RS habe ich 2001 absolviert und nächstes Jahr habe ich noch meine letzten 16 Dienstage.

**Marco\*:** Ich war ebenfalls ein Sanitäter, allerdings als Durchdiener, deshalb habe ich alle 300 Dienstage schon geleistet.

**GSoA: Was war bei der Aushebung euer Antrieb, euch für den Militärdienst zu entscheiden?**

**Simon:** Ja, das frage ich mich selber auch immer wieder. Ich hatte das Ziel, wenigstens etwas mehr oder weniger Sinnvolles zu machen als Sanitäter, etwas, was mir auch im Privaten etwas hätte nützen können. Schlussendlich war es aber reine Bequemlichkeit, wieso ich da nie ausgestiegen bin.

**Marco:** Ich habe die Aushebung unterschätzt. Ich wollte gar keinen Dienst leisten, bin aber im Gespräch mit den Psychologen offensichtlich gescheitert. Der Zivildienst passte nicht in meine Zeitplanung und so entschied ich mich für den Sanitäter.

**GSoA: Wie läuft der Alltag im Militär ab? Was für Unterschiede gibt es da zwischen RS und WK?**

**Simon:** In meinem Fall gab es da grosse Unterschiede. Mein Vorgesetzter in den WKs arbeitet in Zivil. Der ganze Umgangston ist also nicht militärisch, das schätze ich sehr. Meine Arbeit besteht darin, die medizinische Versorgung zu gewährleisten, den kranken Rekruten Tee zu bringen. Viel zu tun hat man nicht, dafür viel Zeit um Bücher zu lesen.

**Marco:** Ja, in der RS ist das schon anders. Morgens wird man um 5.30 Uhr zum Antrittsverlesen geweckt. Da müssen sich alle aufstellen und eine Viertelstunde Geschrei und Show über sich ergehen lassen.

**Simon:** Danach wird man zuerst in die eine Richtung geschickt und muss lange warten. Und dann kommt ein gegensätzlicher Befehl und man rennt in die andere Richtung – und wartet wieder.

**Marco:** Wir mussten uns oft selber beschäftigen. Drei Monate meiner Dienstzeit habe ich die eigene Kaserne bewacht – so etwa das Sinnloseste, was man machen kann.

**Marco:** Man stumpt richtiggehend ab, begibt sich in eine Art Lethargie und fängt meist an zu Rauchen... Das ist aber nicht bei allen so. Unser Zug hat sich im Laufe der RS in zwei Untergruppen gespalten, in Motivierte und Unmotivierte. Das war ziemlich beängstigend. Man konnte das nicht gerade «bekriegen» nennen, aber dieser Gruppendruck war doch recht hart.



**Marco:** Ja, und wenn einer etwas falsch machte, wurden alle kollektiv bestraft.

**GSoA: Was ist für euch der grösste Unterschied zwischen dem zivilen und dem militärischen Leben?**

**Simon:** Die Freiheit. Es ist jedes Mal ein schöner Augenblick, wenn ein WK zu Ende geht. Du kannst nach Hause gehen, tun und lassen was du willst, kannst dich anziehen, wie du willst, und essen, was du willst.

**Marco:** Die Privatsphäre. Im Militär gibt es keine Privatsphäre. Da ist man schon froh, wenn man am Wochenende zu Hause sein kann, abstellen oder Freunde wieder sehen kann.

**GSoA: Hat sich eure Einstellung gegenüber dem Militär während eurer Dienstzeit verändert?**

**Simon:** Ich war von der Ausbildung zum Sanitäter sehr enttäuscht. Verbände binden und Infusionen stecken – viel mehr lernte man nicht. Meine Meinung gegenüber dem Militär hat sich verschlechtert. Von Aussen sieht die ganze Sache einigermaßen organisiert aus. Doch es ist ein totales Chaos, ein riesiger Hühnerhaufen.

**Marco:** Das hat mich damals auch schockiert.

Die Zusammenarbeit innerhalb der Armee, zwischen den Truppen und den verschiedenen Stellen, die Materialversorgung, ein heilloses Durcheinander.

**GSoA: Was haltet ihr von der Initiative zur Aufhebung der Wehrpflicht?**

**Simon:** Ich finde es eine sehr gute Sache. Ich habe die Initiative schon unterschrieben. Genau so sollte es sein. Man hätte die freie Wahl – ohne bestraft zu werden. Dazu wäre es auch für den Zivildienst eine Chance. Begrüssenswert!

**Marco:** Ja, die Situation wäre viel besser als heute. Man kann auch ausserhalb dieses Zwanges sinnvolle Dinge tun.

**GSoA: Hätte es bei euren Kollegen genug Soldaten gegeben, die bei einer Annahme der Initiative trotzdem Militärdienst geleistet hätten?**

**Marco:** Bei uns gab es angehende Medizinstudenten, die den Dienst aus diesem Grund leisteten – und das wahrscheinlich auch nach Abschaffung der Wehrpflicht täten.

**Simon:** Beim motivierten Teil unseres Zuges wäre das sicher der Fall gewesen. Und der machte etwa ein Drittel der Soldaten aus.

Stadt Bern:

Abstimmung vom 26. September  
**NEIN zur SVP-Initiative «Schliessung und Verkauf der Reitschule!»**

Die SVP-Initiative verlangt den Verkauf der Berner Reitschule an den Meistbietenden. Dies würde das Ende des heutigen Reitschul-Betriebes bedeuten. Seit 1987 entwickelte sich die Reitschule zu einem vielfältigen Kultur- und Begegnungszentrum. Auch für die GSoA ist die Reitschule ein wertvoller Ort: Sie bietet der GSoA immer wieder Raum für Veranstaltungen und Vernetzung. **Für uns ist klar: Die Reitschule bietet mehr. Unterstützung via: [www.reitschulebietetmehr.ch](http://www.reitschulebietetmehr.ch)**

## KAMPFJETS

## Groteskes Theater

Der Entscheid über die Kampjetbeschaffung wurde vom Bundesrat ein weiteres Mal verschoben. Derweil schaltet der Rüstungskonzern SAAB ganzseitige Inserate in Schweizer Tageszeitungen um für die Beschaffung des Gripen-Jets zu werben. Die Kampjetbeschaffung ist längst zu einem grotesken Theater verkommen. Von Martin Parpan

Wir erinnern uns: Der Bundesrat gab vor vier Jahren grünes Licht für die Beschaffungsvorbereitung der neuen Kampjets. Die Schweiz könne mit den FA-18- und Tiger-Jets nicht ausreichend geschützt werden, hiess es. Im Sommer 2008 wurden die Anbieter der Kampjets zu Testflügen in der Schweiz vorgeladen, um die Flugzeuge auf ihre Kampftauglichkeit prüfen zu lassen. Es war damals die Rede von 30 neuen Jets.

Was sich seither abgespielt hat verdient den Titel «Realsatire». Die Anzahl von 30 Jets wurde stufenweise nach unten korrigiert. Einmal hiess es, 22 Jets würden auch genügen, später wurden gar nur noch 12 Jets gefordert. Der Beschaffungsentschied wurde mehrmals versprochen und abermals verschoben. Verteidigungsminister Maurer hat dem Bundesrat den Verzicht auf den Kauf beantragt und diesen Verzichtsantrag anschliessend dementiert.

Kürzlich liess Maurer verlauten, dass der Verzicht für die Beschaffung für ihn nach wie vor eine Option sei, dass er sich aber auch vorstellen könne, 100 Jets zu beschaffen.

## Sicherheitspolitisch irrelevant

Dieses konzeptlose Vorgehen zeigt in aller Deutlichkeit, dass die Kampjets nichts mit der Sicherheit dieses Landes zu tun haben. Man stelle sich vor, eine ernstzunehmende Sicherheitsorganisation, wie zum Beispiel die Feuer-



Werbemodell für den Eurofighter im Verkehrshaus Luzern.

wehr, würde den Bedarf ihrer Löschfahrzeuge beliebig und in regelmässigen Abständen nach unten und oben korrigieren. Zu Recht würde ein Aufschrei bei der betroffenen Bevölkerung ertönen, weil sich die Menschen in ihrem Sicherheitsempfinden verletzt fühlen würden. Ganz anders sieht es bei der Kampjetdebatte aus. Der grosse Aufschrei bei der Bevölkerung bleibt aus. Die Menschen fühlen sich nämlich nicht sicherer, wenn milliardenteure Kampfflugzeuge zu Trainingszwecken über ihre Köpfe donnern. Die Bevölkerung fühlt sich vielmehr bedroht von den wirtschaftlichen Konsequenzen dieses Grossprojektes und hat grösste Vorbehalte gegenüber den Lärm- und Luft-Emissionen.

Noch ist unklar, wie sich dieses groteske Theater weiter entwickelt. Der Bundesrat hat kommuniziert, im Herbst dieses Jahres weitere Entscheide zu fällen. Sollte er auf die Jets verzichten, wird die GSoA anlässlich einer ausserordentlichen Vollversammlung über den Rückzug unserer hängigen Initiative beraten. Bis zu diesem Zeitpunkt kann SAAB weiterhin versuchen, die Schweizer Bevölkerung von den Vorteilen ihres Kampjets zu überzeugen. Angebliche Vorteile einzelner Kampfflugzeuge interessieren allerdings nicht, weil der Jet grundsätzlich kein Bedürfnis darstellt. Wir empfehlen SAAB daher, das Geld in die Entwicklung von umweltfreundlicheren Personwagen zu investieren. Dies wäre immerhin eine Investition in ein wirkliches Bedürfnis der Gesellschaft.

SCHIESSSPORT

## Verantwortungslose Schützenverbände

Für den Abstimmungskampf um die Waffenschutz-Initiative werden die Schützenverbände mehrere Millionen ausgeben. Ein seltsames Engagement, denn die Initiative betrifft die Sportschützen gar nicht.

Von Andreas Weibel

Nicht wenige Historiker sehen in den Schützengesellschaften eine Keimzelle des Schweizer Bundesstaates. Die Schützenfeste waren eine der wenigen Gelegenheiten, bei denen sich die Menschen über die Kantonsgrenzen hinaus trafen und eine gemeinsame Identität fanden. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts wurden die Schiessverbände zu Sammelbecken von liberalen Vordenkern. Von diesen Pionierzeiten ist wenig übrig geblieben.

Heute sind die Schützenvereine vor allem von Überalterung und Mitgliederschwund geprägt. Die meisten Schweizer Männer kommen mit ihnen in erster Linie beim «Obligatorischen» in Kontakt, wenn ihnen ein Schnauzträger mit Stumpen im Mundwinkel die 20 Patronen abgibt und ihnen unfreundlich einen Platz im Schiessstand zuweist.

Die Waffenschutz-Initiative hat bei der «IG Schiessen», dem Dachverband der Schützen-

verbände, jedoch hektische Dynamik ausgelöst. Während drei Jahren wurde von allen lizenzierten SchützInnen eine Abgabe von 5 Franken zur Finanzierung des Abstimmungskampfs erhoben. Beim eidgenössischen Feldschiessen – eine Veranstaltung mit beachtlichen 150'000 TeilnehmerInnen – wurden flächendeckend Propagandazettel aufgelegt und fleissig werden Regionalkomitees aus dem Boden gestampft. (Als gesamtschweizerischer Kampagneleiter der IG Schiessen fungiert übrigens Hans-Peter Wüthrich – der pensionierte Brigadier, der diesen Sommer wegen übertriebenen Honoraren für VBS-Beratungsdienste in die Schlagzeilen geriet.)

### Der höchst-subventionierte Sport

Dieses Engagement der Schützenverbände macht stutzig. Denn die Sportschützen haben von der Waffenschutz-Initiative nichts zu befürchten. Sie dürften ihre Waffen behalten, der Initiativtext sieht eine Ausnahmeregelung für sie vor. Wovor fürchten sich die Schiessvereine also?

Zum einen ist es ein Verteidigungskampf einer traditionalistischen Mentalität gegen die Moderne. Es geht um den Stolz der Schützen und

den Platz der Armee in der Gesellschaft. Die Schiessfreunde sehen ein möglichst lasches Waffenrecht als «Zeichen des Vertrauens des Staates in seine Bürger». Es geht um die Verteidigung langjähriger Traditionen (auch wenn die Heimabgabe des Sturmgewehres erst in den 1950er Jahren eingeführt wurde).

Vorallem geht es aber auch um Geld. Kaum ein Sport wird vom Staat so stark gefördert wie das Schiessen: Beiträge für die Vereine, für die Jungschützenkurse, für das Obligatorische, für das Feldschiessen, für die Schiessstände, Sturmgewehre zum Nulltarif. Die Funktionäre der Schützenverbände sehen in der Waffenschutz-Initiative auch eine Gefahr für diese Subventionen.

Die Erhaltung dieser Tradition wird erkaufte mit dem Leben von jährlich rund 300 Menschen, die durch Gewalttaten oder durch Suizide mit Armeewaffen sterben. Die Position der IG Schiessen ist deshalb zynisch und verantwortungslos. Es ist jedoch anzunehmen, dass die Schiesssportverbände nur einen Teil der Schützinnen und Schützen vertreten und es durchaus auch solche gibt, denen ihr Sport mehr am Herzen liegt als die rechts-konservative Politik der Verbandsfunktionäre.

Lieber eine Waffe als einen Menschen beerdigen



INSERAT

## VERÄNDERUNGEN KANN MAN NICHT BESTELLEN, ABER DIE ANREGUNGEN DAZU.



«Ein Baum, der fällt, macht mehr Krach als ein Wald, der wächst.»  
(Tibetische Weisheit)

Die Massenmedien sind voller krachender Bäume: Konflikte, Zerstörung, Gewalt...

Wir vergessen dabei, dass es trotz aller Zerstörung noch Leben und Liebe gibt, die sich laufend neu erschaffen – ein wachsender Wald, und auf den kommt es letztlich an.

Das Wachsen dieses Waldes – in der Politik, im Alltag und in Beziehungen – wollen wir im Zeitpunkt sichtbar machen.

Unser Vorschlag zum Kennenlernen:  
**ERNTEN SIE EIN SCHNUPPERABO**  
(mit 3 Nummern für 20.– Fr., statt 30 am Kiosk)

**Garantie:** wenn die erste Nummer nicht gefällt, genügt eine Mitteilung zur Stornierung. Der Zeitpunkt erscheint zweimonatlich und schreibt für Menschen, die an die Kraft gelebter Träume glauben.

Zeitpunkt, Werkhofstr. 19, 4500 Solothurn,  
T 032 621 81 11 • www.zeitpunkt.ch

**ZEITPUNKT**  
Für intelligente Optimistinnen und konstruktive Skeptiker

ENTSCHEID IM NATIONALRAT

## Erneuter Kniefall vor der Waffenlobby

Wie nicht anders zu erwarten, lehnte die bürgerliche Mehrheit im Nationalrat die Initiative «Für den Schutz vor Waffengewalt» ab. Die Argumente der bürgerlichen Politiker werden je länger je skurriler.

Von Nina Regli

Nationalratsdebatte von den bürgerlichen Politikern nicht zu hören. Selbst die hartgesotenen Militärfreunden im Parlament argumentieren nicht mehr damit, dass sich der Wehrmann jederzeit zum Mobilisierungsplatz durchkämpfen müsse. Zu abstrus ist diese Vorstellung im 21. Jahrhundert.

Auch auf die zweite wichtige Forderung der Waffenschutz-Initiative, die Einführung eines nationalen Waffenregisters, scheinen die bürgerlichen Politiker kein inhaltliches Gegenargument liefern zu können. Das ist in Zeiten, in der jede Schweizer Kuh, jedes Bienenvolk und jeder Hund registriert werden muss, Waffen hingegen nirgendwo zentral registriert werden, auch nicht weiter verwunderlich.

Auf der anderen Seite ist der Zusammenhang zwischen der Verfügbarkeit von Waffen und dem Gewalttaten mit Waffen in verschiedenen Studien längst belegt worden. Erst kürzlich hat Kanada bewiesen, dass die Einführung eines strengeren Waffengesetzes zu einer rapiden Senkung von Waffenmissbräuchen führt. Die Schweiz mit ihren 2,4 Millionen Waffen im Umlauf gehört hingegen zu den traurigen Spitzenreitern in Statistiken über Suizide mit Schusswaffen. In keinem europäischen Land begehen so viele Menschen auf diese Weise Suizid. Dass dabei linken Politikern in der Debatte vorgeworfen wurde, sie würden das Thema zu emotional behandeln und die jährlich 300 Todesopfer durch Armeewaffen seien halt ein «Restrisiko», muss für Angehörige von Opfern äusserst zynisch klingen.

Voraussichtlich im Februar nächsten Jahres wird die Waffenschutz-Initiative vors Volk kommen. Es bleibt die Hoffnung, dass sich das Volk an der Urne endlich von dem Wehrmythos verabschiedet.

INSERAT

  
amica schweiz

Sonntag,  
19. Sept. 11:00 h  
Basel  
kult.kino atelier

## SREBRENICA 360°

Film und Gespräch mit den Autorinnen  
Conny Kipfer + Renate Metzger-Breitenfellner

Menschen aus Srebrenica erzählen vom Leben nach dem Krieg, von der Arbeitslosigkeit, von der Hoffnung auf ein friedliches Zusammenleben – und von ihrer Sehnsucht nach Gerechtigkeit.

Weitere Details siehe [www.amica-schweiz.ch](http://www.amica-schweiz.ch)

NEUES PARTEIPROGRAMM

## SP-Sicherheitspolitik: Note ungenügend

Der Entwurf für das neue SP-Parteiprogramm äussert sich auch zur Friedens- und Sicherheitspolitik der Schweiz. Korrekturen sind dringend nötig. Von Felix Birchler

Die neue SP-Parteiführung um Christian Levrat hat sich drei Schwerpunktthemen verschrieben: Soziale Sicherheit, Stärkung der Kaufkraft, erneuerbare Energien. Andere Themen werden mehr oder weniger stiefmütterlich behandelt, so auch die Aussen- und Sicherheitspolitik. Diese Schwerpunktlegung schlägt sich auch im Entwurf zum neuen SP-Parteiprogramm nieder.

### Oberflächliche Analyse – bedenkliche Positionen

Das Kapitel zur Friedens- und Sicherheitspolitik im neuen SP-Parteiprogramm fällt kurz und vor allem oberflächlich aus. Die Vermengung

von aussenpolitischen Grundsätzen mit Fragen zur Organisation der Schweizer Armee macht das Kapitel thematisch ungreifbar. Das sollte aber nicht den Blick auf einige bedenkliche Positionen verstellen, die eine Korrektur des Entwurfes unumgänglich machen.

Völlig zu Recht hält das Parteiprogramm fest, dass die Menschenrechte universell und unteilbar sind und jedem Individuum voraussetzungslos zustehen sollen. Nicht mehr akzeptabel ist dann aber die Aussage: «Die Schweiz muss mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln für die Durchsetzung der Menschenrechte überall auf der Welt eintreten.» Was mit «allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln» gemeint ist, ist klar: Auch die Schweizer Armee soll an sogenannten «humanitären Interventionen» teilnehmen, die vorgeblich Menschenrechte mit kriegerischen Mitteln durchsetzen wollen. Die Forderung wirkt wie ein

Überbleibsel aus dem naiven Glauben der 90er-Jahre, gemäss dem es den westlichen Grossmächten bei ihren Kriegen tatsächlich um den Schutz menschlichen Lebens geht. Spätestens mit den Kriegen in Afghanistan und Irak wurde dies als Illusion entlarvt. Dass diese Idee gerade im neuen SP-Programm wieder auferstehen soll, ist ein Fehler, den die Parteilinie hoffentlich noch zu korrigieren wissen wird.

### Zu wenig klare Bekenntnisse

Unverständlich ist auch, dass der Programm-entwurf Waffenexporte nur gerade an «risikobehaftete Partner» verbieten will. Noch im vergangenen Herbst setzte sich die SP, zusammen mit der GSoA, für ein totales Verbot von Kriegsmaterial-Exporten ein.

Löblich hingegen ist, dass sich das neue SP-Parteiprogramm zur Aufhebung der Wehr-

pfligt bekennt, womit auch die Unterstützung der aktuellen GSoA-Initiative verankert wird. Andererseits fehlt ein Bekenntnis zur Abschaffung der Armee, dies obschon weite Teile der Parteilinie diese Forderung teilen. Doch noch ist nichts entschieden: verschiedene Anträge an den Parteitag zur Verbesserung des Entwurfs werden genau diesen Punkt betreffen. Alle GSoA-SP-Mitglieder sind aufgerufen, sich am Parteitag zu beteiligen, um den Antimilitarismus im Programm zu verankern.

200'000 NEUE FICHEN

## Wer stoppt die Staatsschützer?

Im Juli 2010 hat das oberste Kontrollorgan über die Geheimdienste, die Geschäftsprüfungsdelegation der eidgenössischen Räte (GPDel) in einem umfassenden Bericht bestätigt, was viele schon länger vermutet haben: Gesetzeswidrig überwacht und fichiert die Schnüffelpolizei alle und alles – vor allem Personen und Organisationen, die sich politisch links der Mitte engagieren.

Von Catherine Weber, grundrechte.ch

Anlässlich der Anti-WEF-Kundgebungen 2008 wurden mehrere Journalisten festgenommen, ein WOZ-Journalist direkt vor seiner Bürotür. Im Anschluss daran reichten verschiedene Personen und Organisationen, vertreten durch den Präsidenten von grundrechte.ch, beim Eidgenössischen Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragten EDÖB ein Einsichtsgesuch in die Staatsschutzakten ein. Dieser bestätigte im Sommer 2008 ausnahmsweise die tatsächliche Fichierung des Journalisten, der WOZ sowie des grünen Parlamentariers Balthasar Glättli. Zur gleichen Zeit deckte die Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rates von Basel die Überwachung von GrossrätInnen türkischer Herkunft auf. Weitere Fichen über die Überwachung von Asyl- und Amnesty-Aktivistinnen kamen zutage und belegen, dass die Staatsschützer laufend neue Einträge gesammelt haben: Wer eine Demo-Bewilligung einholte, an Kundgebungen vorübergehend festgenommen wurde oder sich einbürgern lassen wollte, wurde systematisch in der Staatsschutz-Datenbank ISIS registriert. Das Resultat gemäss GPDel-Bericht: 120'000 Personen sind aktiv in der Datenbank ISIS registriert, 80'000 Personen als sogenannte Drittpersonen.

### Besseres Einsichtsrecht: ein erster Schritt zur Abschaffung der Schnüffelpolizei

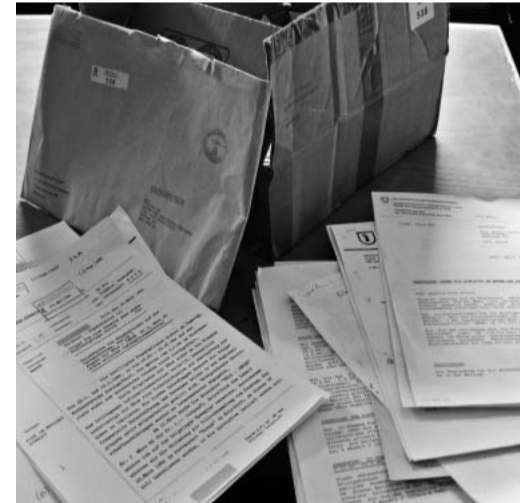
Als Reaktion auf die «Basler Fichenaffäre» verlangte SP-Nationalrätin Susanne Leutenegger Oberholzer im Herbst 2008 ein einheitliches Einsichtsrecht in alle Datensammlungen: «Die Erfahrungen mit dem Fichenskandal der

Achtziger- und Neunzigerjahre haben gezeigt, dass Sammlungen von Personendaten die Gefahr von falschen Einträgen und von Ineffizienzen beinhalten. Für die betroffenen Personen können die Einträge gravierende Folgen haben. Umso wichtiger ist es, dass ein individuelles Auskunftsrecht der betroffenen Person besteht...» In seiner Antwort vom März 2009 zeigt sich der Bundesrat bereit, bei allen Datensammlungen grundsätzlich ein Auskunftsrecht zu gewähren. Ob das bürgerlich dominierte Parlament dies auch so sieht, wird sich noch zeigen. Klar ist: Die nach wie vor geplante Ausweitung von Befugnissen der Staatsschützer muss dringend gestoppt werden. Weder brau-

chen die Schnüffler heimlichen Zugang zu unseren Computern noch sollen sie ohne richterlichen Beschluss private Räume verwanzeln oder Spitzel einschleusen dürfen. Vielmehr braucht es eine Debatte über die Abschaffung dieses unnützen, gefährlichen und teuren Überwachungsapparates. Ein verbessertes Einsichtsrecht ist ein erster Schritt dazu.

Auf [www.grundrechte.ch](http://www.grundrechte.ch) finden sich zahlreiche Dokumente zum «neuen Fichenskandal» sowie Muster-Einsichtsbriefe. Erhältlich sind auch eine gedruckte Fichen-Chronologie und ein Dokumentarfilm über 20 Jahre Protest gegen den Fichenskandal. Zudem bietet

Staatsschutz-Fichen über die GSoA aus den Achtziger- und Neunzigerjahren.



INSERAT

## Es lohnt sich, die Wochenzeitung WOZ zu lesen, ...

weil sie ein erstklassiges Statussymbol ist. ... weil sie wie eine süsse Erdbeere im bitter-faden medialen Einheitsbrei ist. ... weil man damit politisch korrekt das Cheminéefeuer anzünden kann. ... weil sie ein Stachel im Fleisch des Law-and-Order-Flügels der SP ist. ... weil sie schon 1994 vor den Risiken des Derivatehandels gewarnt hat (und die aktuelle Krise erstaunlich genau vorausgesagt hat). ... weil die WOZ sich zu 80% aus LeserInneneinnahmen finanziert – das garantiert ihre redaktionelle Unabhängigkeit. ... weil diese Zeitung keinem Medienkonzern, keiner Partei und keinem dubiosen Investor gehört – sondern den MitarbeiterInnen. ... weil zwanzig Minuten Desinformation pro Tag Ihre geistige Gesundheit gefährden können. ... weil d WOZ e gueti Ziitig isch! ... weil bei der WOZ zudem jede Zeile ihren Preis wert ist. ... weil sich die WOZ jede Woche für eine bessere Welt engagiert. ... weil die WOZ die Schreibwerkstatt der Schweiz ist. ... weil keine andere Zeitung mit so wenig Mitteln so differenzierte Berichte liefert. ... weil die WOZ mit etwas mehr Mitteln noch besseren Journalismus machen könnte. ... weil der WOZ das Weltblatt «Le Monde diplomatique» gratis beigelegt wird. ... weil WOZ-Lesen Begeisterung für Subkultur weckt. ... weil das politische Bewusstsein dann endgültig wach wird. ... weil man endlich lesen darf! ... weil es LeserInnen frecher macht. ... weil die WOZ das Binnen-I erfunden hat. ... weil die WOZ sich in Hintergründen auskennt. ... weil die WOZ den schönsten Redaktionshund hat. ... weil sie den Dingen dort auf den Grund geht, wo andere nur dranbleiben. ... weil die Woche erst losgeht, wenn die WOZ im Briefkasten ist. ... weil sie im Zug nicht auf den Sitzen herumliegt. ... weil die WOZ Seiten sinnvoll füllt und so Papier, Wasser und Farbe spart. ... weil die WOZ für die LeserInnen schreibt und nicht für die Werbewirtschaft. ... weil kritisch sein keine Haltung, sondern eine Wochenzeitung ist. ... weil Sie in der WOZ lesen können, was die anderen Zeitungen vergessen haben. ... weil sie die besten AuslandskorrespondentInnen hat. ... damit Sie die «Weltwoche» nicht mehr lesen müssen. ... weil sie die schönsten Aufschlagsseitenkarikaturen hat. ... weil es die grauen Zellen anregt ... weil die Palme Olaf Wasser braucht. ... weil es Mut braucht, WOZ-Thesen zu vertreten. ... weil die WOZ die Zukunft mitdenkt. ... weil die WOZ die UBS noch nicht übernommen hat. ... weil ich doch nicht blöd bin. ... weil die WOZ nur in Zürich sitzt, aber über den Rest der Welt schreibt. ... weil ich die Welt Woche für Woche besser verstehen lerne. ... weil Sie bei uns finden, was Sie schon immer über die Welt wissen wollten. ... weil die WOZ Doping für Ihren Geist ist. ... weil die WOZ die Wahrnehmung schärft. ... weil es nur 265 Franken kostet, sich für ein ganzes Jahr eine eigene Meinung zu leisten.

**WOZ DIE WOCHENZEITUNG**

ASUNCIÓN TRANS ANTIMILI

## Antimilitarismus mit Bezug

Die Bezüge zwischen Antimilitarismus, Feminismen, «gegenhegemonialen Sexualitäten» sowie Bauern- und Indigenen Bewegungen auszuloten – dies war der Anspruch eines internationalen Treffens, das im Mai in Asunción, Paraguay, im Rahmen der *War Resisters International (WRI)* stattfand. Gelegenheit für eine kurze Bewegungsmeldung.

Von Thomas Niederberger

Was haben Frauen mit Antimilitarismus am Hut? Diese Frage drückt eine Unterschätzung aus, welcher WRI entgegenwirken will. Weibliche Militärdienstverweigerinnen, wie in Israel, sind nur der offensichtlichste Grund. Weltweit unterstützen Frauen männliche Verweigerer: «Dabei besteht die Gefahr, dass sie auf die Helferinnenrolle reduziert werden, während die Männer mit ihren Gefängnisstrafen die Helden markieren», erklärt Alberto von der spanischen *Alternativa Antimilitarista.MOC*. Deshalb sollten bei Aktionen auch Frauen im Vordergrund stehen – es gehe ja um die Ver-

weigerung des Militarismus an sich, und dabei sei die ganze Gesellschaft gefragt. Militarismus formt die falsche Idee vom «richtigen Mann», und dies nicht nur in der Armee. Jorge, vom chilenischen Verweigerer-Kollektiv «*ni casco ni uniforme*», erzählt von seiner Leidenszeit in einem Elite-Gymnasium, das militärische Disziplin, Uniform und ein bestimmtes Männlichkeitsideal vermittelte: «Wer nicht ins Bild passte, wurde schnell als «schwul» gemobbt.» Militarisierte Männlichkeit und diskriminierte Homosexualität gehen Hand in Hand.

Um nicht in einer reduzierten Vorstellung der Geschlechter zu verharren, beschlossen die OrganisatorInnen, den Fokus auf die *Transgender*-Problematik auszuweiten, da die scharfe Zweiteilung in «Mann» und «Frau» ein bio-politisches Zwangsregime darstellt, das viel Leid verursacht bei Menschen, die sich nicht einordnen können oder wollen.

**Militarismus und natürliche Ressourcen**  
WRI hat in letzter Zeit vermehrt Kontakt mit

Bauern- und Indigenenbewegungen aufgenommen, die sich gegen die Vertreibung durch multinationale Konzerne wehren. Denn Antimilitarismus bedeutet mehr als das Recht, das Töten zu verweigern – heute geht es auch darum, die Grundlagen zu verteidigen, die das Leben überhaupt möglich machen.

Carolina und Guadalupe, zwei Aymara-Bäuerinnen vom bolivianischen Hochland, erzählen, dass es im Poopó-See kaum noch Fische gibt. So vergiftet sei er von all den Chemikalien, die aus den Minen in der Region einsickern. Fünf dieser Minen werden von Sinchi Wayra betrieben, im Besitz von Glencore, dem berühmten Ressourcen-Giganten mit Sitz im Kanton Zug. Die bolivianische Regierung, die sich gerade mit einer grossen Konferenz der Klimabewegung in Cochabamba als Vorreiterin der «Rechte der Mutter Erde» profilierte, lässt Glencore gewähren. «Unser Präsident Evo Morales verkauft seine Regierung als sozialistisch, doch leider ist dies nicht so», meint Carolina. Ihre und andere Basisorganisationen wurden in Cochabamba ins Abseits gedrängt:

Offiziell sollte nur über «internationale Anliegen» debatiert werden, während sie auch über die Probleme mit der Ressourcenausbeutung im eigenen Land reden wollten. Dies war schlussendlich nur an einer inoffiziellen Veranstaltung möglich, die vom bolivianischen Vize-Präsidenten prompt als «NGO-Orgie» abqualifiziert wurde.

Noch ist es nicht so weit, dass die Regierung Morales Armee und Polizei gegen BäuerInnen und Indigene auffährt, um die Interessen multinationaler Konzerne zu verteidigen – doch es scheint, als ob verbal zunehmend der Boden dafür vorbereitet würde. Dann wäre auch in Bolivien wieder Realität, was in anderen Ländern Südamerikas traurige Normalität ist. Die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen geht einher mit Militarisierung, Aufrüstung und «asymmetrischer» Kriegsführung gegen die lokale Bevölkerung. Die WRI hat vor, diese Verbindungen kartographisch zu dokumentieren und grenzübergreifend in verschiedenen sozialen Bewegungen zu thematisieren.

DIENST-VERWEIGERUNG IN KOLUMBIEN

## Wenn der Lastwagen Dich abholt

Zwei Aktivistinnen der kolumbianischen Organisation ACOOC (Acción Colectiva de Objetores y Objektoras de Conciencia / Kollektive Aktion der VerweigerInnen aus Gewissensgründen) besuchten uns auf ihrem Weg zur Uno in Genf. Ein Bericht über Militarismus in Kolumbien. Von Adi Feller

Was in der Schweiz die Aushebung ist, spielt sich in Kolumbien vor einem Lastwagen ab. Mehrmals im Jahr fahren Militärcamions durch das Land und kontrollieren junge Männer darauf, ob sie einen militärischen Ausweis haben. Einen solchen erhält nur, wer Militärdienst geleistet hat oder sich für etwa 5000 Dollar freikaufen kann. Pro Jahr werden Zehntausende junge Männer, vor allem aus ärmeren Schichten, bei solchen Kontrollen von der Strasse weg in die Lastwagen gepackt und in eine Kaserne verfrachtet. Dort beginnt der Militärdienst, der in Kolumbien 18 Monate dauert. Allein im Dezember 2009 wurden 90'000 Jugendliche auf diese Weise rekrutiert. Nach kurzer Ausbildung werden die jungen Männer in den verschiedenen Konfliktgebieten innerhalb Kolumbiens eingesetzt, vor allem gegen die Guerillas der FARC und der ELN. Die Möglichkeit, Zivildienst zu leisten, kennt Kolumbien nicht. Ohne Militärausweis lebt man nicht nur in der ständigen Angst, bei einer Rekrutierungsaktion eingepackt zu werden. Ohne diese Identitätskarte ist es auch nicht möglich, einen Universitätsabschluss zu erhalten. Für viele Arbeitgeber ist der Militärausweis eine unabdingbare Voraussetzung für eine Anstellung.

### Militarisierte Staat

Die Armee spielt in der kolumbianischen Gesellschaft eine zentrale Rolle. Der Staat gibt 6.8 Prozent des BIP für das Militär aus, rund sechsmal mehr als die Schweiz. Der Konflikt

zwischen Staat und den Guerillas wütet nun bereits seit mehr als 40 Jahren und wird mit unverminderter Brutalität geführt. Juan Manuel Santos, der neue Präsident Kolumbiens, war in seiner früheren Rolle als Verteidigungsminister tief in den Skandal um die so genannten «Falsos Positivos» verwickelt. Seit 2005 hatten Soldaten junge Zivilisten entführt, in Uniformen der Guerilla gesteckt und erschossen. Es ging den Militärs darum, die Statistik der Armee aufzubessern und Erfolgsprämien zu kassieren. Mittlerweile ermittelt die kolumbianische Justiz in mehr als 2000 solchen Mordfällen.

In diesem vom Krieg geprägten Klima versucht die ACOOC, Alternativen zum Militarismus aufzuzeigen und diejenigen zu unterstützen, die sich dem Dienst in der Armee entziehen wollen. Die Organisation setzt dabei auf gewaltlose direkte Aktionen und den Kampf vor Gerichten. Sie betreut und berät Betroffene und fördert die Selbstorganisation der Militärdienstverweigerer. Ziel ist es, die Verweigerung von der individuellen Ebene auf die kollektive Ebene zu führen, um so einerseits die Verweigernden in ihrer Haltung bestärken zu können und andererseits durch die gemeinsamen Aktionen und Diskussionen den Druck von ihnen zu nehmen. Immer wieder musste sich die Organisation gegen repressive Massnahmen durch die Regierung oder Vereinnahmungsversuchen der Guerillas zur Wehr setzen. Dennoch konnten die AktivistInnen ihre Unabhängigkeit wahren.

### Dienstverweigerer-Ausweise

Die jüngste Kampagne von ACOOC beinhaltet das Ausstellen von Dienstverweigerer-Ausweisen, mit denen sich Verweigerer bei einer allfälligen Militärkontrolle ausweisen können. Sie können so von Anfang an klar machen können, dass sie den Dienst verweigern und or-

ganisiert sind. Diese Karten zeigen konkrete Wirkung: Das Militär schreckt davor zurück, solche Leute zu rekrutieren, weil es die nachfolgenden Proteste fürchtet.

Die beiden Aktivistinnen stellen die Situation der Zwangsverpflichtenden und der Auswirkung der Wehrpflicht auf das Land bei der Uno vor, im Zusammenhang mit Berichten über die Menschenrechtslage in Kolumbien. Sie sind skeptisch, was die Auswirkungen ihres Besuches angehen, erhoffen sich aber verbesserte internationale Zusammenarbeit und Druck auf die kolumbianische Regierung.

Strassentheater der ACOOC am Rande einer Militärparade in Bogotá

